



Lage an der Staatsgrenze im Jahr 1988

[ohne Datum]

Hinweis zur Lage an der Staatsgrenze der DDR und in den Grenzgebieten zur BRD und zu Westberlin im Jahre 1988 [Bericht K 1/200]

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 5264, Bl. 2-14.

Serie

Ablage K 1 (Verschiedenes).

Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, Mittag, Neiber, Schwanitz, Großmann, Carlsohn, Leiter HA I, Leiter HA VI, Leiter HA VII, Leiter HA IX, Leiter ZKG, Leiter ZAIG/2, Leiter ZAIG/6, ZAIG/1/3.

Datum

Datierung durch Bearbeiter: nach dem 31.1.1989; Einsortierung: 15.2.1989.

Bemerkungen

Über dem Titel des Berichts maschinenschriftlich: »Streng geheim!«.

Die Lage an der Staatsgrenze der DDR zur BRD bzw. Westberlin war im Jahre 1988 insbesondere gekennzeichnet durch

- eine ständige Gewährleistung des zuverlässigen Schutzes der Staatsgrenze der DDR durch die Grenztruppen der DDR im engen Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen,
- eine zunehmend wirksamere Einflussnahme der Grenzbeauftragten des MfS auf die einheitliche Führung des Grenzsicherungssystems sowie Durchsetzung der Entschlüsse der Kommandeure zur Grenzsicherung,
- weitere Fortschritte bei der Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und öffentlichen Ordnung in den Grenzgebieten in Durchsetzung der Direktive des Sekretariats des ZK der SED zur Arbeit im Grenzgebiet vom 7. April 1982 getroffenen Festlegungen.¹

Des Weiteren ist

- im Zusammenhang mit gegnerischen Aktivitäten eine nahezu gleichbleibende Tendenz der Anzahl von Angriffen gegen die Staatsgrenze der DDR und die zu ihrem Schutz eingesetzten Kräfte sowie Anlagen und Einrichtungen der Grenzsicherung bzw. die Bevölkerung in den Grenzgebieten von der BRD, vor allem jedoch von Westberlin aus,
- aus dem Innern der DDR eine erhebliche Zunahme versuchter und vollendeter ungesetzlicher Grenzübertritte über die Staatsgrenze zur BRD bzw. Westberlin sowie die Seegrenze durch Bürger der DDR

festzustellen.

So wurden im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1988 von der BRD und Westberlin aus in insgesamt 7 725 (7 476)* Fällen – Anstieg gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres auf 103,3 % – Grenzverletzungen und andere provokatorische Handlungen gegen die Staatsgrenze der DDR verübt, davon in 5 718 (5 566) Fällen von Westberlin und in 2 007 (1 910) Fällen vom Territorium der BRD aus. (Diese Zunahme betrifft vor allem getroffene Feststellungen über die kurzzeitigen Eindringen in das den Grenzsicherungsanlagen vorgelagerte Hoheitsgebiet der DDR durch Personen vom Territorium der BRD bzw. aus Westberlin.)

* Zahlen in Klammern beziehen sich auf das Jahr 1987 [Original-Fußnote]

Unter diesen Vorkommnissen befinden sich 22 (27) Fälle des gewaltsamen Beschädigens bzw. Zerstörens von Grenzsicherungsanlagen, 103 (122) Fälle der Beschädigung von Grenzmarkierungen und Grenzsäulen, 47 (50) Festnahmen von Personen wegen ungesetzlichen Grenzübertritts von der BRD bzw. Westberlin aus.

Des Weiteren wurde in nahezu 2 000 (2 170) Fällen das Hoheitsgebiet der DDR und in Nähe der Staatsgrenze befindliche Wohngebäude sowie betriebliche Einrichtungen mit Steinen u. a. Gegenständen beworfen, wobei zum Teil Sachschaden entstand.

In nahezu 5 400 (4 900) Fällen waren Personen vom Territorium der BRD bzw. aus Westberlin in das Hoheitsgebiet der DDR eingedrungen (Einzelpersonen bzw. Personengruppen).

In 18 (8) Fällen wurden Feststellungen über Verletzungen des Luftraumes der DDR getroffen. In der Mehrzahl handelt es sich hierbei um kurzzeitige Einfüge von Sport- und Motorflugzeugen von der BRD aus.

Weiterhin war das gegnerische Vorgehen insbesondere gekennzeichnet durch

- fortgesetzte Hetz- und Verleumdungskampagnen u. a. durch solche Feindorganisationen wie »Internationale Gesellschaft für Menschenrechte.V.«,² »Arbeitsgemeinschaft 13. August«,³ »Vereinigung der Verfolgten des Stalinismus«⁴ und andere Organisationen bzw. westliche Massenmedien zur Diskreditierung des Grenzsicherungssystems (u. a. demagogische Forderungen nach Beseitigung der Grenzsicherungsanlagen sowie Nichtanwendung der Schusswaffe durch Grenzsicherungskräfte) bzw. Inspirierung von Bürgern der DDR zu Begehung ungesetzlicher Grenzübertritte;
- vielfältige politische Aktivitäten an der Staatsgrenze der DDR im Sinne der Bonner »Ost- und Deutschlandpolitik«⁵ u. a. Veranstaltungen c Grenzinformationsdienstes, der »deutschlandpolitischen Bildungszentren«⁶ sowie revanchistischer Zentren und Vereinigungen.

Im Rahmen der »deutschlandpolitischen Bildungsarbeit« wurden im Jahre 1988 ca. 1,7 (2,12) Millionen Personen in Zivil, davon an der Staatsgrenze der BRD 456 000 (591 000) Personen und Westberlin 1,21 (1,53) Millionen Personen an bekannten Einweisungspunkten an die Staatsgrenze der DDR herangeführt und in das Grenzregime eingewiesen.

Neben der weiteren Ausgestaltung vorhandener »deutschlandpolitischer Bildungszentren« wurden weitere derartige Einrichtungen zum Teil mit erheblicher finanzieller Unterstützung durch die Bundesregierung der BRD geschaffen.(U. a. Beteiligung mit 21 Mio. Mark am Ausbau des »Pommernzentrums« und der darin befindlichen »Ostseeakademie« in Lübeck-Travemünde.)⁷

Veranstaltungen derartiger Organisationen bzw. sogenannter Heimatverbände im grenznahen Raum der BRD zur DDR waren vor allem durch Verbreitung revanchistischer Ziele und einer verstärkten Propagierung des Bonner Wiedervereinigungskonzeptes, u. a. durch

- Thesen von der »Einheit der Nation« und vom »Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen« sowie
- Forderungen »die Grenzen durchlässiger machen« und Überwinden durch »Menschlichkeit und Verständigung« geprägt.

Des Weiteren unternahmen staatliche Einrichtungen, Führungskräfte von Parteien und Organisationen von grenznahen Kreisen der BRD mannigfaltige Aktivitäten zur Herstellung von Partnerschaftsbeziehungen⁸ zu Orten und Kreisen der DDR mit dem Ziel, durch Unterlaufen staatlicher Festlegungen bezüglich der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, möglichst nicht bzw. schwer zu kontrollierende Kontakte auf unterer Ebene herzustellen und auszubauen.

Analoge Bestrebungen sind seitens des Senats von Westberlin zur Herstellung von Partnerschaftsbeziehungen mit Stadtbezirken der Hauptstadt der DDR, Berlin, festzustellen.

Im Jahre 1988 reisten über 306 800 Bürger der BRD aus grenznahen Kreisen und Städten der BRD in grenznahe Gebiete der DDR ein. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 11,4 %.

Darunter befanden sich zunehmend Gruppen, die sogenannte Studienfahrten in grenznahen Räumen der DDR durchführten, wobei bei festgestellten Kontaktaktivitäten zu Bürgern der DDR vor allem folgende Fragen im Mittelpunkt des Interesses standen:

- Verhältnis Staat – Kirche – Jugend,
- Ökologie – Friedensbewegung – Glaubensfreiheit,
- Grenzsicherungssystem und dessen Wirksamkeit.

Die Grenzüberwachungs- und Aufklärungstätigkeit der gegnerischen Grenzüberwachungsorgane konzentrierte sich vor allem auf die Grenzabschnitte, in denen Grenzsignalanlagen auslösten, besondere Handlungen, einschließlich die Anwendung der Schusswaffe durch Angehörige der Grenztruppen der DDR erfolgten, pioniertechnische Arbeiten zum Ausbau und der Wartung der Signal- und Sperranlagen realisiert wurden bzw. Angehörige der Grenztruppen sowie Arbeitskräfte auf dem den Grenzsicherungsanlagen vorgelagerten Hoheitsgebiet der DDR zum Einsatz gelangten.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1988 haben insgesamt 195 (132) Bürger – das entspricht einem Anteil der insgesamt in diesem Zeitraum vollendeten ungesetzlichen Grenzübertritte von 2,9 % – die DDR über die Staatsgrenze der DDR, einschließlich an Grenzübergangsstellen ungesetzlich verlassen, davon 108 (94) Personen nach der BRD, 56 (24) Personen nach Westberlin und 31 (13) Personen über die Küste. Gegenüber dem Jahr 1987 entspricht das einem Anstieg auf 149 %.

Das ungesetzliche Verlassen der DDR erfolgte durch Überwindung der Grenzsicherungsanlagen 186 (117) Personen, darunter drei Personen unter Nutzung eines die Grenzsicherungsanlagen unterquerenden Wasserdurchlasses mit Unterstützung eines von der BRD operierenden Täters sowie im Bereich von Grenzübergangsstellen 9 (8) Personen.

Territoriale Schwerpunkte bildeten die Grenzabschnitte der Bezirke Suhl (33) und Magdeburg (21) sowie der Hauptstadt der DDR, Berlin, mit 29 Tätern.

Im gleichen Zeitraum wurden vorbereitete und versuchte ungesetzliche Grenzübertritte von 2 312 (1 732) Bürgern der DDR verhindert, davon beabsichtigten die Staatsgrenze zur BRD 1 394 (1 091), zu Westberlin 719 (537) und die Küste 199 (104) Personen zu überwinden.

In 25 Fällen erfolgte zur Verhinderung von ungesetzlichen Grenzübertritten durch Angehörige der Grenztruppen die Anwendung der Schusswaffe. 29 Personen wurden nach Abgabe von Warnschüssen durch die Grenzposten festgenommen, 10 Personen gelangten trotz Schusswaffenanwendung nach der BRD bzw. Westberlin.

Die Verhinderung der Grenzübertritte erfolgte

[Gebiet]	Personen	Anteil in %
auf den Anmarschwegen	1 369	(1 040) 59,2
in den Grenzgebieten	629	(381) 27,2
am Heimatort	217	(238) 9,4
an Grenzübergangsstellen	97	(73) 4,2

Unter den Tätern befanden sich 483 (331) Übersiedlungersuchende,⁹ 715 (500) Vorbestrafte und 338 (238) Personen ohne Arbeitsrechtsverhältnis.

Unter den Personen, die die DDR durch Überwindung der Grenzsicherungsanlagen ungesetzlich verlassen haben bzw. fahnenflüchtig wurden, befinden sich 14 (17) Angehörige der Grenztruppen der DDR. Dabei handelt es sich um einen (1) Offizier, drei (2) Unteroffiziere und zehn (13) Soldaten.

Schwerpunkt bildete das GK-Nord mit sieben (7) Angehörigen der Grenztruppen.

Eine (9) beabsichtigte Fahnenflucht wurde im Ergebnis operativer Maßnahmen verhindert.

Im Jahre 1988 ist damit die bisher höchste Anzahl verhinderter und vollendeter ungesetzlicher Grenzübertritte seit dem Jahre 1985 – Anstieg auf 225 % – festzustellen.

Hierzu folgende Übersicht: [ungesetzliche Grenzübertritte (Personen)]

Zeitraum	verhindert	vollendet	gesamt
1988	2 312	195	2 507
1987	1 732	132	1 864
1986	1 257	92	1 349
1985	1 074	42	1 116
1984	1 343	75	1 418

Der zunehmende Druck auf die Staatsgrenze aus dem Innern der DDR resultiert vor allem aus der inspirierenden Wirkung spektakulärer Vermarktung von Vorfällen an der Staatsgrenze durch den Gegner als auch seine spekulativen Veröffentlichungen in den Massenmedien über veränderte Regimeverhältnisse an der Staatsgrenze u. a. im Zusammenhang mit dem pioniertechnischen Ausbau der Grenzsicherungsanlagen. Des Weiteren gehen bedeutende inspirierende Aktivitäten von den Rückverbindungen der Personen aus, die die DDR ungesetzlich verlassen haben bzw. mit Genehmigung der zuständigen staatlichen Organe der DDR übersiedelt wurden.

Wie geführte Untersuchungen ergaben, waren die vollendeten und verhinderten ungesetzlichen Grenzübertritte u. a. gekennzeichnet durch

- zunehmende Risikobereitschaft der Täter, insbesondere im Zusammenhang mit der Anwendung spektakulärer Mittel und Methoden. (U. a. erfolgte die Festnahme von 79 (61) Bürgern, die versuchten, die Grenzsicherungsanlagen einschließlich Grenzübergangsstellen gewaltsam Kraftfahrzeugen zu durchbrechen. 15 (3) Personen vollendeten einen derartigen Grenzdurchbruch. Weiterhin wurden 37 (17) Personen festgenommen, die versuchten, die Staatsgrenze ungesetzlich mittels Ballon oder anderen selbstgefertigten Fluggeräten zu überwinden.);
- intensivere und gründlichere Vorbereitungshandlungen u. a. Anfertigung von Übersteighilfen, zum Teil mehrfache Erkundung von für die Realisierung ungesetzlicher Grenzübertritte geeigneter Grenzabschnitte sowie Beobachtung/Aufklärung der Regimeverhältnisse, von Postenbewegungen sowie weiteren im Grenzsicherungssystem eingesetzten Kräften;
- eine zunehmende Tendenz der Begehung von Straftaten durch gemeinschaftlich handelnde Täter sowie Nutzung von Orts- und Regimekenntnissen.

Durch die gezielte Aufklärung der Regimeverhältnisse und der angewandten Mittel und Methoden (Leitern, Seile mit Wurfanker u. a. Steighilfen) erfolgte die Überwindung der Grenzsicherungsanlagen zum Teil ohne Auslösung von Signalgeräten bzw. unbemerkt von den Grenzsicherungskräften.

Durchgeführte Untersuchungen zu vollendeten ungesetzlichen Grenzübertritten über die Staatsgrenze der DDR ergaben als begünstigende Bedingungen und Umstände u. a. Mängel in der eigenen politisch-operativen Arbeit der Dienstseinheiten des MfS als auch in der Tätigkeit der Organe des politisch-operativen Zusammenwirkens.

Das betrifft u. a.

- die nicht immer konsequente Durchsetzung erteilter Befehle und Weisungen (u. a. Mängel und Schwächen in der »Wer ist wer?«-Aufklärung unter der im Grenzgebiet wohnhaften Bevölkerung, Unterschätzung vorliegender operativer Hinweise seitens der zuständigen Diensteinheiten hinsichtlich eines möglichen ungesetzlichen Grenzübertritts, insbesondere zu Personen, die als hartnäckige Übersiedlungersuchende bekannt sind, denen die Ablehnung ihres Anliegens ausgesprochen wurde und von denen provokatorisch-demonstrative Handlungen ausgehen könnten bzw. die derartige Aktivitäten androhen, Personen die vorbestraft sind bzw. sich gesellschaftlicher Kontrolle zu entziehen versuchen);
- Mängel in der Zusammenarbeit und im einheitlichen aufeinander abgestimmten Zusammenwirken mit den anderen Organen und gesellschaftlichen Kräften, u. a. im Informationsaustausch bzw. nicht wirksam gewordene Maßnahmen der Tiefensicherung sowie bei der Gewährleistung einer hohen Ordnung und Sicherheit in Betrieben, die sich unmittelbar an der Staatsgrenze der BRD bzw. zu Westberlin befinden. (Das betrifft u. a. Abweichungen von abgestimmten Handlungsvarianten bzw. formale Dienstdurchführung ohne Beachtung der konkreten territorialen Lagebedingungen durch Angehörige der Deutschen Volkspolizei.)
- Mängel im volkspolizeilichen Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahren im Zusammenhang mit der Erteilung bzw. dem Entzug von Erlaubnissen für den Aufenthalt, vor allem aus dienstlichen Gründen, im Grenzgebiet.

Des Weiteren begünstigten technische Mängel an Signal- bzw. Sicherungsanlagen, nicht den Festlegungen entsprechende Auslösung der Handlungsvarianten, ein ungenügendes Weg-Zeit-Verhältnis der handelnden Grenzsicherungskräfte gegenüber den Grenzverletzern in mehreren Grenzabschnitten (u. a. Kreis Sonneberg, Meiningen, Bad Salzungen und Eisenach) an der Staatsgrenze zur BRD, Verstöße gegen bestehende Rechtsvorschriften beim Einsatz von Arbeitskräften im Grenzgebiet sowie Mängel in der vorbeugenden Arbeit zur Gewährleistung einer hohen Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet, derartige Vorkommnisse.

Wegen Fahnenfluchtabsichten und/oder anderen personellen Unsicherheitsfaktoren mussten insgesamt 511 (566) Angehörige der Grenztruppen bzw. der 6. Grenzbrigade Küste aus grenzsichernden Einheiten abgezogen bzw. konnten aus gleichen Gründen 1 057 (924) Angehörige aus Ausbildungsregimentern und Lehreinrichtungen nicht für den Einsatz in grenzsichernden Einheiten bestätigt werden. Damit standen im Jahre 1988 insgesamt 1 568 (1 490) Angehörige der Grenztruppen und der 6. Grenzbrigade Küste, das entspricht ca. der Sollstärke von 1½ Regimentern, nicht für Grenzsicherungsaufgaben zur Verfügung. (Die Mehrzahl dieser Angehörigen ist in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt sowie in der Hauptstadt der DDR, Berlin, wohnhaft.) Diese Situation führte zum Teil zu erheblichen Mehrbelastungen des im Grenzdienst eingesetzten Personalbestandes.

Auch weiterhin beeinträchtigte die bereits in den vergangenen Jahren feststellbare relativ hohe Fluktuation unter den Kompaniechefs – der Einsatz in dieser Funktion beträgt ca. zwei bis drei Jahre – die Stabilität der Grenzkompanie sowie das Zusammenwirken mit den örtlichen Partei- und Staatsorganen, Betrieben, gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen und der Grenzbevölkerung.

Durch die Grenztruppen bzw. durch die Deutsche Volkspolizei werden vor allem in den Grenz- VPKÄ, VP-Inspektionen, VP-Gruppenposten/Grenze sowie Grenz-VP-Revieren vielfältige Aktivitäten unternommen, die eingesetzten strukturellen und nichtstrukturellen Kräfte zu noch initiativvollerem Handeln bei der grenzbezogenen Aufgabenerfüllung zu befähigen.

In diesem Prozess konnten durch die Arbeit der Grenzbeauftragten des MfS insbesondere weitere Fortschritte bei der Komplettierung der Grenzsicherungsprozesse in ihrer Gesamtheit erzielt werden.

Diese Ergebnisse wurden vor allem erreicht durch eine wirksame Einflussnahme u. a. auf

- die Führungsprozesse der Grenztruppen der DDR, der Deutschen Volkspolizei und anderer Organe des MdI sowie örtlichen Staatsorgane, gesellschaftlichen Organisationen und Kräften; besonders auf Ebene der Grenzkompanie;
- die Erarbeitung und Verwirklichung der Entschlüsse der Kommandeure der Grenztruppen der DDR, insbesondere der Kompaniechefs, zur Grenzsicherung, vor allem hinsichtlich des abgestimmten Einsatzes der Kräfte und Mittel der an der Grenzsicherung beteiligten Organe;
- die weitere Qualifizierung und Vertiefung des Zusammenwirkens mit den örtlichen Partei- und Staatsorganen;
- die weitere Durchsetzung der Direktive des Sekretariats des ZK der SED zur Arbeit im Grenzgebiet bezüglich der weiteren Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit, der Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit sowie Mobilisierung der Bürger des Grenzgebietes zu hoher revolutionärer Wachsamkeit und zur engen Zusammenarbeit mit den Grenztruppen der DDR und den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen.

Ausgehend von der Entwicklung der politisch-operativen Lage an der Staatsgrenze der DDR ist die politisch-operative Arbeit vor allem in Durchsetzung der vom Genossen Minister auf der Dienstkonferenz am 26. Oktober 1988 festgelegten Ziel- und Aufgabenstellungen auf diesem Gebiet¹¹ u. a. auszurichten auf

- die weitere Erhöhung der Qualität und Effektivität des Einsatzes struktureller und nichtstruktureller Kräfte sowie Mittel und Methoden im Grenzsicherungssystem und bei der Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet und im grenznahen Raum bzw. im System der Tiefensicherung;
- die weitere Qualifizierung der vorbeugenden politisch-operativen Arbeit bezüglich des rechtzeitigen Erkennens und der Verhinderung ungesetzlicher Grenzübertritte im Vorbereitungsstadium und bereits am Ausgangsort bzw. vor dem Erreichen und Eindringen in das Grenzgebiet;
- eine weitere Qualifizierung der Klärung der Frage »Wer ist wer?« zu im Grenzgebiet wohnhaften bzw. tätigen Personen bzw. zur Einberufung in die Grenztruppen der DDR vorgesehener Kader;
- eine kontinuierliche und zielstrebige Einflussnahme der Grenzbeauftragten des MfS auf die konsequente und schöpferische Durchsetzung Prinzipien des Grenzsicherungssystems, vor allem durch effektivere Ausnutzung der Potenzen der zuständigen Diensteinheiten des MfS, der Grenztruppen der DDR, der Deutschen Volkspolizei und der anderen Organe des MdI sowie den Leitern von Betrieben, Kombinat, Vorsitzenden von Genossenschaften und gesellschaftlichen Organisationen und Kräften im Grenzgebiet.

1

Die Direktive regelte die Aufgaben der Bezirks- und Kreisleitungen der SED in grenznahen Gemeinden und Betrieben, wie die Sicherstellung einer angemessenen Versorgung der Bevölkerung im Grenzgebiet, die Förderung der Bereitschaft der Bürger zur Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet, das Achten auf eine konsequente Umsetzung der Militär- und Sicherheitspolitik durch lokale staatliche Organe oder den Aufbau von »kampfstarken Parteikollektiven« in den örtlichen Betrieben der Industrie und Landwirtschaft. Vgl. »Direktive zur Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik Deutschland, zu Berlin (West) und an der Küste der DDR (Beschluss des Sekretariats des Zentralkomitees der SED vom 7.4.1982)«; BArch, DY 30/ J IV 2/3/3358. Die Direktive ist abrufbar unter www.bstu.de (letzter Abruf: 27.2.2019).

2

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e.V. (IGFM) wurde 1972 in Frankfurt/M. gegründet. Die Organisation setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit ein.

3

Die 1962 von Rainer Hildebrandt in Westberlin gegründete »Arbeitsgemeinschaft 13. August« dokumentiert die Geschichte der Maueropfer und Fluchtversuche und unterhält dazu das »Haus am Checkpoint Charlie« als Museum und Dokumentationsstelle.

4

Gemeint ist hier die »Vereinigung der Opfer des Stalinismus« (VOS), die 1950 in Westberlin gegründet wurde. Sie betreute vormalig in sowjetischen Lagern und Haftanstalten inhaftierte sowie kriegsgefangene Deutsche und setzte sich für die Aufarbeitung diktatorischer Gewalt Herrschaft primär in der DDR ein.

5

Mit der »Ostpolitik« ist eine Neuausrichtung der Beziehung der Bundesrepublik zur DDR und den Staaten Osteuropas unter der Regierung Willy Brandts gemeint. Als Alternative zur Politik der Abgrenzung und außenpolitischen Isolation (»Hallstein-Doktrin«) setzte das neue Konzept auf friedliche Koexistenz und Entspannung. Grundlage des kooperativen Politikansatzes war ein umfangreiches Vertragswerk auf deutsch-deutscher und internationaler Ebene, in dem neben einem wechselseitigen Gewaltverzicht und der Anerkennung der Grenzverläufe auch die Eigenstaatlichkeit der DDR akzeptiert wurde. Frühe sozialdemokratische Konzeptionen der neuen Ostpolitik, etwa von Egon Bahr, erhofften sich als Folge der engeren deutsch-deutschen Kontakte auch eine innere Liberalisierung der DDR (»Wandel durch Annäherung«). Siehe weiterführend Kaiser, Monika; Bender, Peter: Die »Neue Ostpolitik« und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung. München 1996; Dannenberg, Julia von: The Foundations of Ostpolitik. The Making of the Moscow Treaty between West Germany and the USSR. Oxford 2008; Vogtmeier, Andreas: Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung. Bonn 1996.

6

Der Grenzinformationsdienst, der 1964 auf Initiative Niedersachsens als Zentraler Informationsdienst gegründet wurde, war eine Einrichtung der politischen Bildung. In Zusammenarbeit mit Zoll und Bundesgrenzschutz betreuten und informierten vom Bund beauftragte Landkreise Besucher der deutsch-deutschen Grenze. Insbesondere Schulklassen besuchten die Grenze im Rahmen des Politikunterrichts, aber auch Diplomaten, Staatsgäste, Angehörige alliierter Armeen, Kirchenvertreter usw. In der Nähe der Grenze waren Informationsräume eingerichtet, in denen Besucher sich anhand von Zeichnungen und Texten informieren konnten. Außerdem gab es auch Veranstaltungen des Bundesgrenzschutzes und des Grenzzolldienstes, in denen Besucher mit der DDR und dem Leben der Bevölkerung vertraut gemacht werden sollten. Im niedersächsischen Eichsfeld waren Landkreis und die Stadt Duderstadt ein Zentrum dieser Bildungsangebote, das Land Niedersachsen unterstützte den Grenzinformationsdienst finanziell.

7

Das »Pommernzentrum« mit der »Ostseeakademie« wurde 1988 in Travemünde erbaut und im September von Bundespräsident Richard von Weizsäcker feierlich eröffnet. Mit insgesamt 20 Millionen Mark hatten Bund und Land ein Denk- und Diskussionsforum im »Pommernzentrum« gefördert, das zur Überwindung der Teilung Deutschlands, zur Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen sowie zu einem friedlichen Miteinander in der Mitte Europas, insbesondere im Ostseeraum beitragen sollte. Trägerin des Zentrums und der Akademie war die »Pommersche Landsmannschaft«.

8

Im Jahr 1986 begründeten die Städte Eisenhüttenstadt und Saarlouis die erste offizielle deutsch-deutsche Städtepartnerschaft. Ein Jahr später folgten Schwerin und Wuppertal sowie Rostock und Bremen. Im März 1989 gab es 38 weitere städtische Kooperationsverträge, um die Kontakte zwischen Bürgern, Vereinen und Betrieben zu fördern. Die bundesdeutsche Seite erkannte in der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene die Chance, die deutsch-deutschen Beziehungen als Basis einer späteren Wiedervereinigung zu stärken. Die SED-Führung blickte auf diese Begegnungen dagegen mit großem Misstrauen, trotz möglicher Vorteile für die Imagepflege und die internationale Anerkennung der DDR. Aus Sicht der Staatssicherheit bestand bei den Treffen der Stadtvertreter die Gefahr von »Missbrauchshandlungen« wie das Ersuchen westdeutscher Bürgermeister, Reisesperren für bestimmte DDR-Bürger aufzuheben oder politisch brisante Themen während offizieller Veranstaltungen zu thematisieren. Im Rahmen ihrer umfangreichen Überwachungen der Treffen achteten die MfS-Offiziere vor allem darauf, Kontakte zwischen westdeutschen Besuchern und Ausreiseartragstellern zu verhindern. Vgl. Storrer, Eva; Lingnau, Bert: »Sicherheitsrisiko« – deutsch-deutsche Städtepartnerschaften, abrufbar unter www.ndr.de (letzter Abruf: 27.2.2019); vgl. Deutscher Städtetag (Hg.): Die innerdeutschen Städtepartnerschaften. Köln 1992, S. 23.

9

Ein Antrag auf ständige Ausreise, auch Übersiedlungsersuchen, war ein Auswanderungsersuchen. Trotz Verpflichtung auf die Anerkennung der Grundfreiheiten im Rahmen der KSZE und der UNO-Mitgliedschaft hatte die DDR bis 1988 keine rechtliche Grundlage für eine ständige Ausreise geschaffen. Anträge galten daher mit Ausnahme von »Familienzusammenführungen« oder aus anderen »humanitären Gründen« als »rechtswidrige Ersuchen«. Dennoch nahm die Zahl der Antragsteller stetig zu, im Sommer 1989 waren es über 160 000. Die Regierung ging teilweise mit repressiven Maßnahmen gegen die Antragsteller vor. Als Folge begannen sich in den 1980er Jahren Antragsteller unter dem Dach der Kirche zu organisieren. Mit öffentlichen Protesten und Besetzungen von Kirchen und Botschaften versuchten sie, eine beschleunigte Bearbeitung ihrer Anträge zu erreichen.

10

Die »Wer ist wer?«-Aufklärung war ein häufiger Arbeitsauftrag für Offiziere und inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit, die Mitglieder eines bestimmten Personenkreises verdachtsunabhängig nach ihrer Zuverlässigkeit einzuschätzen. Geprüft werden sollten unter anderem die Beziehung der betreffenden Personen zum MfS, ihre politischen Einstellungen oder mögliche Kontakte ins westliche Ausland. Laut Stasi-Chef Erich Mielke drückte die Geheimdienstformel die Frage aus, »wer Feind ist, wer eine feindlich-negative Haltung einnimmt, wer aufgrund des Wirkens feindlich-negativer und anderer Einflüsse zum Feind werden kann, wer den Feindeinflüssen unterliegen und sich vom Feind missbrauchen lassen könnte, wer eine schwankende Position einnimmt und auf wen sich Partei und Staat jederzeit verlassen und zuverlässig stützen kann«. Eine umfassende und formalisierte Variante der »Wer ist wer?«-Aufklärung war die seit Anfang der 1980er Jahre massenhaft praktizierte Sicherheitsüberprüfung.

11

Gemeint sind hier die Ausführungen Erich Mielkes auf der zentralen Dienstkonferenz im Oktober 1988 über »Ausgewählte Aufgaben zur vorbeugenden Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR«. Vgl. Referat auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und deren Führung und Leitung (Manuskript) 26.10.1988. In: BStU, MfS; ZAIG 18905, Bl. 4–274, hier 117–125.